

Eine negative  
Gründungslegende  
verkannte  
die Adenauer-Ära

# Wider den Restaurationsvorwurf

Helmuth Kiesel

Zu den Mängeln der so genannten „Bonner Republik“, die in der so genannten „Berliner Republik“ fort dauert, gehörte, dass sie keine positive Gründungslegende hatte, also keine historiographisch einigermaßen fixierte und öffentlich – am Nationalfeiertag – gepflegte Erinnerung an einen Akt, dem sie ihren Ursprung und ihre Verfasstheit verdankt. Wohl hat es einen solchen Akt gegeben, nämlich die Erarbeitung und Etablierung des Grundgesetzes, die ja doch trotz einiger verfassungsrechtlicher Bedenklichkeiten – oder vielleicht gerade deswegen – eine außergewöhnlich große und beständige Leistung war. Aber der 23. Mai, an dem 1949 das Grundgesetz verkündet worden war, wurde mitnichten zum Nationalfeiertag erhoben, und die Erarbeitung des Grundgesetzes erhielt nicht die Bedeutung eines konstitutiven Akts und wurde folglich auch nicht Gegenstand einer positiven Gründungslegende. Stattdessen kam es zur Ausbildung und Verfestigung einer negativen Gründungslegende, die nicht nur staatskritisch, sondern hochgradig delegitimierend wirkte – und in dieser Weise auch wieder wirksam werden kann, weil sie die Bundesrepublik als ein Produkt einer äußerst fragwürdigen Restauration erscheinen lässt.

## Erstmaliger Vorwurf

Soweit heute zu sehen ist, wurde der Vorwurf, dass im Nachkriegsdeutschland eine Restauration im Gange sei, erstmals im Winter 1946/47 erhoben, und zwar von Hans Werner Richter, der damals zu-

sammen mit Alfred Andersch die Zeitschrift *Der Ruf* herausgab. Für das Verständnis dieser folgenreichen Kritik an der Nachkriegsentwicklung ist ein Blick auf Richters Vita lohnend:

Der gelernte und ab 1927 in Berlin tätige Buchhändler Hans Werner Richter trat 1930 der DKP bei und fühlte sich ihr trotz eines 1932 erfolgten Parteiausschlusses (wegen Trotzismus) bis zum Hitler-Stalin-Pakt eng verbunden. 1933 emigrierte er nach Paris, kehrte aber 1934 nach Berlin zurück und übte verschiedene Tätigkeiten aus, bis er 1940 zum Kriegsdienst eingezogen wurde. 1943 wurde Richter in Italien von Amerikanern gefangen genommen und in die Vereinigten Staaten gebracht. Dort durfte er an der Redaktion der Gefangenenzeitschrift *Der Ruf* mitwirken; darauf ist es zurückzuführen, dass er nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft an der Gründung des neuen, in München erscheinenden *Rufs* beteiligt wurde und mit Alfred Andersch zusammen die Herausgeberschaft übernehmen durfte.

Spätestens in Amerika war Richter zum Anhänger der Idee eines „freiheitlichen“ oder „demokratischen Sozialismus“ geworden, und die politische Gestalt Europas nach dem Desaster des Zweiten Weltkriegs konnte er sich nur als eine Kombination von Demokratie und Sozialismus vorstellen. Umso mehr war Richter dann von der tatsächlichen Entwicklung enttäuscht, und schon bald wurde er zu einem vehementen Kritiker sowohl der unfreiheitlichen Entwicklung

im Osten als auch der unsozialistischen Entwicklung im Westen. Es sei, um nicht ein einseitiges Bild entstehen zu lassen, betont, dass Richter die politisch unfreiheitlichen und ökonomisch unbefriedigenden Verhältnisse im Ostblock, die er durch regelmäßige Besuche bei Verwandten in der SBZ beziehungsweise DDR und durch weitere Reisen hinreichend kennen lernte, zeitlebens beklagt hat. Dies soll aber nicht weiter vertieft werden; es geht hier um die Beurteilung der Entwicklung im Westen, zu deren Charakterisierung Richter schon bald den Begriff „Restauration“ heranzog. So heißt es in einem längeren Artikel, der am 15. November 1946 unter der Überschrift „Parteipolitik und Weltanschauung“ im *Ruf* erschien:

„Als wäre die Zeit von 1932 bis 1945 nur eine harmlose Episode gewesen, ist nicht etwa, wie es doch zu erwarten war, eine Revolution über dieses Land hingegangen, sondern hat lediglich eine behördlich genehmigte Restauration stattgefunden. Und restauriert hat man gerade das, was doch in einer Welt der sichtbaren und unsichtbaren Trümmer am wenigsten restaurationsbedürftig war, nämlich die deutschen politischen Parteien der Weimarer Republik mit all ihren Fehlern und all ihren Schwächen.“

### **Geschichtliche Unheilsperspektive**

In einem weiteren Artikel, der am 15. Januar 1947 unter der Überschrift „Die versäumte Evolution“ erschien, erweiterte Richter den Restaurationsbefund um eine geschichtliche Unheilsperspektive und wechselte vom Begriff der „Restauration“ zum Begriff der „Reaktion“. Einleitend heißt es dort:

„Deutschland ist ein Land der halben und niemals beendeten Revolutionen, der geglückten Konterrevolutionen und der versäumten Evolutionen. Das begann mit der Reformation, wurde fortgesetzt 1848, erlebte seine tragische Wiederauferste-

hung 1918, wurde zur vollendeten Farce 1933 und endete mit einem völligen Schweigen 1945. Zu jeder Zeit, in der die bestehenden Verhältnisse reif zu ihrem Umbruch waren und in der sich die Gegenströmungen erhoben, blieben die revolutionären Kräfte in ihren Anfängen stecken, wurden sie verraten, desavouiert, diffamiert, wurden sie irregeführt und niedergeschlagen und verliefen sich schließlich in dem großen Flugsand der Geschichte. Die bestehenden Verhältnisse, von revolutionären Erschütterungen bedroht, wurden mit geringfügigen Änderungen erhalten oder wieder hergestellt, die Gegenrevolution marschierte, die Reaktion triumphierte. Die Evolutionen, die großen allmählichen Umschichtungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, gingen weiter. Doch die schnelle, radikale und gesunde Anpassung der Staatsmaschine durch den revolutionären Akt wurde versäumt. Aus den verpassten Revolutionen wurden die versäumten Evolutionen.“

Dieser „tragische Kreislauf“ wurde – Richter zufolge – auch 1945/46 nicht durchbrochen; allenthalben sah Richter „Versäumnisse“, und er meinte, diese müssten früher oder später „in das endgültige Verhängnis umschlagen“. Im *Ruf* konkretisierten Richter und Andersch ihre Kritik an der Neugestaltung der Verhältnisse in den westlichen Zonen in einer solchen Schärfe, dass die Information Control Division der US-Militärregierung im Frühjahr 1947 etwas mehr Zurückhaltung verlangte. Darüber kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Verleger und den Herausgebern des *Rufs*, in deren Verlauf Andersch und Richter kündigten – und zu ihrer Überraschung tatsächlich auch entlassen wurden.

Richter glaubte nun, seinem Ziel einer „demokratischen Elitenbildung“ zuliebe das Operationsfeld und das Medium wechseln zu sollen, das heißt: von der politischen Publizistik zur „reinen“ Litera-

tur, von der direkten politischen Rede zur indirekten „pädagogischen Arbeit“, zur Politikbeeinflussung durch Literatur übergehen zu sollen. Richter hoffte, wie er im März 1947 kundtat, die „bürgerliche“ Restauration mithilfe einer „literarischen Revolution“ aus proletarischem Geist überwinden zu können, und so organisierte er im Herbst 1947 jenes erste Autorentreffen am Bannwaldsee bei Füssen, das als Geburtsstunde der „Gruppe 47“ gilt. Deren Eigenart und Wirksamkeit als literarisch-politische Vereinigung oder „Loge“, wie Richter selbst einmal sagte, können hier nicht Gegenstand der Betrachtung sein; es sei – rein deskriptiv – angemerkt, dass in der „Gruppe 47“ selbstverständlich jenes Denken gepflegt und literarisch-publizistisch verbreitet wurde, das die Bundesrepublik als Produkt einer Restauration verstand und kritisierte.

### **Bis zum Faschismusvorwurf**

Ein zweites Mal wurde der Restaurationsvorwurf von dem linkskatholischen Publizisten Walter Dirks erhoben, und zwar in den angesehenen *Frankfurter Heften*, die Dirks zusammen mit Eugen Kogon herausgab. Dort publizierte Dirks im September 1950 einen zwölfseitigen Artikel mit dem Titel „Der restaurative Charakter der Epoche“. Die Hauptthese lautet, dass es nach 1945 zu einer „Wiederherstellung der alten Welt“ gekommen sei und dass so eine Welt entstanden sei, „die abermals den Keim des Unheils in sich trägt“. Dass daran noch etwas zu ändern sei, hielt Dirks für wenig wahrscheinlich; schon ein Blick auf die „klassische“ Restauration des Fürsten Metternich zeige, dass Restaurationen zählebig seien, und zwar aus dreierlei Gründen: Erstens, so Dirks, sind Restaurationspolitiker Realisten; sie halten sich an Tatsachen, wollen keine Utopien verwirklichen und keine besseren Zustände herbeiführen, sondern die bestehenden si-

chern. Zweitens bewirken Restaurationen nicht nur Schlechtes, sondern auch Gutes. Und drittens sie sind nie total, sondern uneinheitlich und inkonsequent, deswegen anpassungsfähig, sogar reformerisch und partiell fortschrittlich. In diesem letzten Charakteristikum sieht Dirks die besondere und eigentliche Perfidie der Restauration: Sie ist nämlich gerade so, dass jedermann, auch der kritische Journalist und der reformeifrige Lehrer, glaubt, in ihr „seine Angelegenheiten betreiben“ zu können; in Wahrheit aber sind alle nur Diener der Restauration, die alle blendet, korrumpiert, neutralisiert. Wer dies – wie Dirks – für gegeben hielt, war natürlich zu immer schärferer Kritik genötigt, und in der Tat ist zu beobachten, dass die Kritik, die in den *Frankfurter Heften* an der „autoritären Restaurationsregierung“ Adenauers geübt werden durfte, immer schärfer wurde und bis zum Faschismusvorwurf führte.

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Inauguration des Restaurationsvorwurfs hat auch Dirks' Herausgeberkollege Eugen Kogon geleistet. Er publizierte im März 1952 ebenfalls in den *Frankfurter Heften* einen umfassenden Artikel, der unter dem Titel „Die Aussichten der Restauration“ den von Dirks entfalteten Restaurationsbefund einer Prüfung unterzieht – und insgesamt bestätigt. Zwar versteht sich der Verfasser zu einer gewissen Relativierung, indem er gegen Ende seines Artikels bemerkt, demokratischer Pluralismus und liberaler Kapitalismus hätten die Klassenstrukturen derart aufgeweicht, dass es „unmöglich“ geworden sei, „Früheres hier einfach restaurieren zu wollen“. Trotzdem meint aber auch Kogon, dass man in einer restaurativen Epoche lebe und dass diese Epoche lange dauern werde, denn es fehle an Klassen, die eine Erneuerung herbeiführen könnten: Das Bürgertum sei verbraucht, das Proletariat eingebunden und neutralisiert: „Das neue Proletariat der vielen Mil-

lionen Enteigneter, Heimatvertriebener, Displaced Persons, Ausgebombter und Deklassierter kann, seiner verschiedenartigen Herkunft nach, gesellschaftliche Erneuerungskraft nicht besitzen. Teils wird es durch vielerlei Maßnahmen der Demokratien ‚kanalisiert‘, ‚eingegliedert‘, ‚umgesiedelt‘, teils will es ganz einfach ‚zurück‘, weil es den Weg ‚nach vorne‘ versperren sieht. Soweit überhaupt, ist es höchstens eine zerstörerische und eine störende Gefahr für die Restauration, nicht eine erneuernde.“

### Eine Seite der Wandlung

Nun wurde der Restaurationsvorwurf nicht ganz widerspruchlos hingenommen, vielmehr kam es zu Versuchen, den Vorwurf durch sachliche Widersprüche im Einzelnen zu entkräften oder durch eine Positivierung des Restaurationsbegriffs zu neutralisieren. Einen ersten derartigen Versuch unternahm der Soziologe Helmut Schelsky mit einem Essay, der im April 1955 unter dem Titel „Über das Restaurative in unserer Zeit“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien. Schelsky zog zur Bestimmung des Epochencharakters drei Begriffe in Erwägung: Reaktion, Restauration und Renaissance. Zwei davon verwarf er sogleich: Von einem „Renaissance-Bewusstsein“ könne in Westdeutschland keine Rede sein, aber auch der „polemische Begriff der Reaktion“ klinge „hohl und blechern“, wirke unangebracht und unglaubwürdig. So blieb der Begriff der „Restauration“, und ihn hielt Schelsky angesichts der „Wiederherstellung der vom Nationalsozialismus beseitigten politischen Handlungs- und Organisationsformen“ und angesichts der dafür getätigten Rückgriffe auf die zwanziger Jahre und auf das Demokratieverständnis der Paulskirche für durchaus bedenkenwert. Insgesamt aber, so Schelsky, sei die Zeit nicht restaurativ, und das Restaurative an ihr sei bisher falsch verstanden und falsch beurteilt

worden. Man lebe in Wahrheit nicht in einer Zeit der Restauration, sondern des sozialen Nivellements und der Herausbildung einer modernen Sozialstruktur; diese beiden Vorgänge hätten eine Dynamik erreicht, der das „Sicherheitsbedürfnis des Menschen“ nicht gewachsen sei, und daher komme die Sehnsucht nach Tradition und nach sicheren Fundamenten.

Daraus resultiere das restaurativ wirkende Festhalten an alten Formen und Distinktionen, das den gesellschaftlichen Wandel allerdings nicht aufhalten könne und folglich illusionär sei. So gesehen aber „könnte sich das Restaurative [...] als eine nur schlecht begriffene Seite der Wandlung ganzer historischer Horizonte erweisen“ und sei „der restaurative Illusionismus“ als „eine Funktion der Lebenstüchtigkeit“ zu verstehen.

Zu einer ähnlichen Einschätzung kam der schweizerische Publizist Fritz René Allemann in seinem viel beachteten Buch *Bonn ist nicht Weimar*, das 1956 erschien. Es enthält einen mehrseitigen „Exkurs über die ‚Restauration‘“, der sich – wie Schelskys Essay – gegen den virulent gewordenen Restaurationsvorwurf richtet. Auch Allemann bestreitet nicht, dass die Zeit einen restaurativen Charakter habe, doch stellt er fest, dass keine Restauration „bloß Rückkehr zum Vergangenen“ sei und dass „das Festhalten am Überlieferten das Eindringen neuer Elemente“ und deren „Verarbeitung“ nicht verhindern könne. Für Allemann sind Restaurationen notwendige Unterbrechungen von revolutionär wirkenden gesellschaftlichen Prozessen, Phasen, in denen „aus der revolutionären Flut“ wieder empor-tauchen kann, was noch intakt und lebenskräftig ist, Momente des „Atemholens“ und der „Regeneration“; diese aber sei die Voraussetzung einer „schöpferischen Bewegung“, und möglicherweise sei eine solche in der Bundesrepublik bereits im Gange.

Ausdrücklich widersprochen hat dem Restaurationsbefund der Soziologe Ralf Dahrendorf in seinem 1965 erschienenen Buch *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. Dahrendorf vertrat darin die These, dass der „Vorwurf des Restaurativen“ „die sozialen Wandlungen der westdeutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit und ihre politische Potenz“ letztlich nicht treffe, der gesellschaftlichen Wirklichkeit also nicht gerecht werde. Zwar gebe es Defizite hinsichtlich der Verwirklichung von Demokratie und Sozialstaatlichkeit, aber was in Westdeutschland geschehe, bedeute die „langsame Vollendung der Modernität“ nach westlichem Vorbild. Dies sei ein langwieriger Prozess, der seine Zeit brauche; er sei aber, weil durch starke Impulse in Gang gesetzt, irreversibel. Eine „Rückkehr zum traditional-autoritären System einer modernen Gesellschaft“, was wohl heißen soll: zu einem faschistischen System, sei „endgültig versperrt“, und mithin liege „die stärkste Gefährdung der Struktur der westdeutschen Gesellschaft in einem Totalitarismus kommunistischer Prägung“.

### Zwischen Revolution und Reaktion

Die entschieden apologetischen Darlegungen von Schelsky und Allemann sind Indikatoren einer Lage, in der allzu dynamische oder gar revolutionsartige Veränderungen nicht mehr erwünscht waren, ja gefürchtet wurden, eine reaktionäre Wende aber auch nicht gewollt wurde. Restauration erschien als „dritter Weg“ und sollte durch die Positivierung des Begriffs akzeptabel gemacht werden. Dies bedeutet aber auch, dass der Restaurationsbegriff um die Mitte der fünfziger Jahre noch nicht so negativ klang und vor allem noch nicht so delegitimierend wirkte, dass eine Positivierung oder „Umfunktionierung“, wie man später sagte, unmöglich erschienen wäre.

Schelsky und Allemann scheinen jedenfalls der Meinung gewesen zu sein, dass eine Positivierung des Restaurationsbegriffs durch eine salvierende Definition (berechtigte Rückgriffe, notwendige Atempause) und durch eine wirklich zutreffende Beschreibung der gemeinten Befindlichkeit (Milderung der Modernisierungsdynamik) möglich sein könnte; sie durften sich in dieser Meinung umso sicherer fühlen, als sie nicht nur eine positive Entwicklung der angeblich „restaurativen“ Bundesrepublik beobachten konnten, sondern auch eine wachsende Zustimmung der Bevölkerung zu eben dieser Bundesrepublik; nicht gesehen haben sie, dass ein großer Teil der Intellektuellen im Begriff war, sich davon abzusetzen und den Restaurationsvorwurf zu einem Hauptinstrument der Kritik an der „Bonner Republik“ zu machen. Aber spätestens Ende der fünfziger Jahre wurde die Bundesrepublik nicht nur in der politischen Publizistik, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur immer häufiger als restaurativ in einem ausgesprochen pejorativen Sinn eingeschätzt; ja mehr noch: Es wurde versucht, die Bundesrepublik mithilfe des Restaurationsvorwurfs zu delegitimieren.

Ein Höhepunkt dieser Delegitimierungsversuche ist in den „Berliner Gemeinplätzen“ von Hans Magnus Enzensberger zu sehen, die 1968 in dem damals viel beachteten *Kursbuch* erschienen. Die zweite Folge der „Berliner Gemeinplätze“, die im Juni 1968, also mitten im viel berufenen „heißen Sommer“, publiziert wurde, lässt den Restaurationsvorwurf sogar hinter sich und geht zum Faschismusvorwurf über. Denn laut § 30 „Remake“ ist in der Bundesrepublik tatsächlich eingetreten, was Dirks als Folge der Restauration befürchtete: Unter der Erhardschen Parole „Der Klassenkampf ist zu Ende“ ist ein „neue(r) Faschismus“ entstanden und „Wirklichkeit“ geworden, und zwar als „Parodie“

der Konterrevolution“ (wie der frühere Faschismus „die Parodie der Revolution“ war): als „alltäglicher, einhäusiger, verinnerlichter, institutionell gesicherter und maskierter Faschismus“. Was in der Bundesrepublik politisch statthat, ist nicht mehr als eine „formale Demokratie“, ein „politisches System“, das von einer eigentlichen Demokratie so weit entfernt ist, dass es „nicht mehr reparabel“ ist. Die „Gemeinplätze, die Neueste Literatur betreffend“, die im November 1968 publiziert wurden, zeigen, dass Enzensberger dies tatsächlich als Folge und als gesteigerte Erscheinungsform der Restauration verstand. Es heißt dort:

„Die westdeutsche Gesellschaft hat dem ‚Kulturleben‘ überhaupt und der Literatur im Besonderen nach dem Zweiten Weltkrieg eine eigentümliche Rolle zugeschrieben. [...] Je weniger an reale gesellschaftliche Veränderung, an die Umwälzung von Macht- und Besitzverhältnissen zu denken war, desto unentbehrlicher wurde der westdeutschen Gesellschaft ein Alibi im Überbau. [...] Die Literatur sollte eintreten für das, was in der Bundesrepublik nicht vorhanden war, ein genuin politisches Leben. So wurde die Restauration bekämpft, als wäre sie ein literarisches Phänomen, nämlich mit literarischen Mitteln; Opposition ließ sich abdrängen auf die Feuilletonseiten; Umwälzungen in der Poetik sollten eintreten für die ausgebliebene Revolutionierung der sozialen Strukturen; künstlerische Avantgarde die politische Regression kaschieren. Und je mehr die westdeutsche Gesellschaft sich stabilisierte, desto dringender verlangte sie nach Gesellschaftskritik in der Literatur; je folgenloser das Engagement der Schriftsteller blieb, desto lauter wurde nach ihm gerufen. Dieser Mechanismus sicherte der Literatur einen unangefochtenen Platz in der Gesellschaft, aber er führte auch zu Selbsttäuschungen, die heute grotesk anmuten.“

Dies bedeutet zweierlei: zum einen, dass Enzensberger, wie schon gesagt, den „irreparablen“ Zustand der bundesrepublikanischen Demokratie als eine Folge der Restauration verstand, und zum anderen, dass er – wie Dirks – die Restauration als einen umfassenden und kaum durchdringbaren „Verblendungszusammenhang“ (Adorno) begriff, hatte sie doch auch ihre zahlreichen literarischen Kritiker (von Wolfgang Koeppen bis Heinrich Böll und Günter Grass) für sich arbeiten lassen und ihnen zugleich die Fähigkeit genommen, ihre eigene Instrumentalisierung zu erkennen. Es bedurfte, so ist aus Enzensbergers „Gemeinplätzen“ zu erschließen, eines neuen, durch revolutionäre Theorien geschärften Blickes, um diesen „Verblendungszusammenhang“ zu durchschauen. Und es bedurfte, wie Enzensberger meinte, einer ganz neuen, revolutionären Literatur, um das sozusagen restaurativ verhinderte „Projekt“ der „politische(n) Alphabetisierung Deutschlands“ doch noch auf den Weg zu bringen.

### **Illusion der „Stunde null“**

Diese extrem negative Einschätzung der angeblich restaurativen Bundesrepublik begann sich erst einige Jahre nach dem Beginn der sozialliberalen Koalition zu wandeln. Eine erste Manifestation dieses Prozesses findet sich in einem Aufsatz des Politikwissenschaftlers und SPD-Mitglieds Richard Löwenthal, der 1974 unter dem Titel „Dauer und Verwandlung“ als „Prolog“ zu einem „Bilanz“-Band aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Bundesrepublik erschien. Löwenthal unterzog den Restaurationsvorwurf einer Prüfung und kam zunächst einmal zu einer Ablehnung:

„Wohl der einflussreichste Versuch, zugleich die anfängliche Stabilität des neuen Staates zu erklären und ihre Dauerhaftigkeit in Zweifel zu ziehen, ist jener, der in dem Begriff der Restauration

seinen konzentrierten Ausdruck gefunden hat: Restaurationsregime sind selbstsicher, autoritär und zunächst stabil, aber nicht wandlungsfähig – früher oder später zerbrechen sie, weil sie sich nicht biegen können. Doch die Bundesrepublik erschien als Restauration nur denen, die an den Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch mit der Illusion der „Stunde null“ herangegangen waren und nun die Wirklichkeit an ihren Erwartungen maßen – eine Restauration verglichen mit der Revolution, die nie stattgefunden hatte. In Wirklichkeit waren Staat und Gesellschaft auch der konservativen Demokratie, als die sich die zweite deutsche Republik zunächst präsentierte, etwas völlig Neues nicht nur gegenüber der untergegangenen Hitlerdiktatur, sondern auch gegenüber der Weimarer Republik und dem Kaiserreich. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte akzeptierten die besitzenden Oberschichten und die beamteten Träger die staatlichen Exekutive, die in der Mehrheit der ersten deutschen Republik von Beginn an als Feinde gegenübergestanden hatten, die demokratischen Regeln mit der gleichen Selbstverständlichkeit, wie dies in den alten angelsächsischen Demokratien der Fall ist. Zum erstenmal verband sich marktwirtschaftliche Initiative mit einer fast amerikanischen sozialen Mobilität ohne jene traditionellen Kastenschranken, die von Hitler und vom Zusammenbruch gründlicher als von Weimar zerstört worden waren. Zum erstenmal entstand auf deutschem Boden auf dem Hintergrund einer liberalen Staats- und Wirtschaftsordnung eine im westlichen Sinne bürgerliche Lebensform, gleich entfernt vom hierarchischen Untertanengeist der Wilhelminischen Ära und von der formlosen Gärung der Weimarer Zeit.“

Auf diese Zurückweisung des Restaurationsvorwurfs im Hinblick auf das „Gesamtbild der Bundesrepublik“ folgt aller-

dings seine Anerkennung für „wichtige Teilaspekte“:

„Am greifbarsten war das bei der Bürokratie, die, zwar in ihrer Gesinnung durch die Erfahrung des Dritten Reichs und seines Zusammenbruchs gewandelt, in ihrer Zusammensetzung und Laufbahnstruktur weitgehend unverändert blieb. Umfassender aber als dieses greifbare Phänomen war die Atmosphäre traditioneller, aus vordemokratischen Zeiten überkommener Autorität in wichtigen Lebensbereichen, von den Institutionen der Justiz und des Bildungswesens bis in einen Großteil der Familien hinein. Solche traditionelle Autorität spielt auch in älteren Demokratien oft eine bedeutende, teils stabilisierende, teils retardierende Rolle – am stärksten vielleicht in Großbritannien, am wenigsten in den Vereinigten Staaten. Doch in der Bundesrepublik, in der die Gegentradition eines demokratischen Durchsetzungskampfes so weitgehend fehlte, bestimmte sie während der Ära Adenauer jene Aspekte des öffentlichen Lebens, an denen sich ein ‚Nachholbedarf an Aufklärung‘ entzündete, der schließlich im Zuge des Generationswechsels zum Durchbruch kam.“

### **Wandlungsfähig und krisenfest**

Trotz dieses Zugeständnisses an den Restaurationsvorwurf bleibt Löwenthal aber dabei, dass die Bundesrepublik auch unter der Ägide Adenauers nicht einfach restaurativ war, und zur Beglaubigung dieses Urteils verweist er auf ihre Krisenfestigkeit:

„Die damit (also mit dem zuvor genannten ‚Aufklärungsschub‘) entstandene Autoritätskrise war tief und umfassend, und sie dauert noch an. Sie hat auf manchen Gebieten zeitweise nihilistische Strömungen hervorgebracht und zerstörerische Formen angenommen. Doch sie hat den Bestand der Bundesrepublik so wenig gefährden können wie die Erschütterungen ihrer wirtschaftlichen und au-

ßenpolitischen Sicherheit, mit denen ihr Beginn zusammenfiel – eben weil sie nicht auf ein starres Restaurationsregime, sondern auf eine bei allem Konservatismus der Entstehungsjahre wandlungsfähige Demokratie traf.“

Mit dieser Beurteilung der Bundesrepublik dürfte Löwenthal 1974 ziemlich allein gestanden sein, zumindest auf der Linken. Um 1980 erschienen dann aber einige sozialgeschichtliche Studien, die das Urteil von Löwenthal bestätigten und zu einer gründlichen Revision der Restaurationsthese führten. Das wichtigste Dokument dieser Revision ist der große, von Axel Schildt und Anno Sywottek in einer Buchreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Konferenzband *Modernisierung im Wiederaufbau*, der „die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre“ (so der Untertitel) auf rund 850 Seiten in 52 Beiträgen namhafter Forscher unter politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten reflektiert. In einigen Aufsätzen taucht der Begriff „Restauration“ auf, meist aber nur als Erinnerung an eine überholte Etikettierung der frühen Bundesrepublik; weitaus häufiger ist die Rede von Diskontinuitäten, auch von Modernisierung. Der Gesamteindruck, der durch diesen Konferenzband vermittelt wird, lässt sich mit einigen Sätzen aus dem Beitrag von Bernhard Schäfers wiedergeben:

„Strukturen und Entwicklung des westdeutschen Gesellschaftssystems im Verlauf der fünfziger Jahre lassen sich mit einem eindeutigen, alles erfassenden Begriff kaum ausreichend charakterisieren. Für jeden der eingangs genannten Begriffe (Klassengesellschaft im Schmelztiegel – Theodor Geiger, ‚nivellierte Mittelstandsgesellschaft‘ – Helmut Schelsky, ‚Ergebnis von Restauration‘, ‚verspäteter Demokratie‘ oder ‚nachholender Demokratisierung‘) gibt es, wie hervorgehoben, empirische Belege, aber,

einzelnen gebraucht, sind sie eher irreführend. So ist es zum Beispiel nur begrenzt angemessen, die westdeutsche Gesellschaft in ihrer Formierungsphase als ‚restaurativ‘ zu bezeichnen; entscheidende Strukturelemente (Parteien, Militär, Konfession, Arbeitermilieu und so weiter) wurden entweder gar nicht oder unter veränderten Bedingungen ‚restauriert‘. Das Entscheidende der Gesellschaftsentwicklung muss – auch aus soziologischer und sozialhistorischer Sicht – vor allem in der eindeutigen Westorientierung gesehen werden. Für die genaue Rekonstruktion dieser Weichenstellung der westdeutschen Gesellschaftsgeschichte wäre die Kooperation von Soziologen und Historikern dringend erforderlich. Denn es ist offenkundig, dass die eindeutige West-Option, die die Traditionslinien der deutschen Außenpolitik verließ, bis in das Alltagshandeln hinein wirksam war.“

Diskontinuitäten, die in deutlichem Widerspruch zum Restaurationsbefund standen, zeigten sich vor allem im Bereich der Parteien als Entideologisierung; im Bereich der Kirchen als Aufbrechen des Konfessionalismus und als Säkularisierungstrend; im Bereich der Eliten als Elitentransformation: als demokratische (Rück-)Erziehung der alten Funktionseeliten und als Implementierung neuer Eliten; im Bereich des Militärs als Überwindung der militaristischen Mentalität, als Unterordnung des Militärs unter die demokratische Führung und als Beobachtung der Grundrechte auch im militärischen Alltag; im Bereich der Erwerbstätigkeit als Entwicklung zur Dienstleistungs- und Angestelltengesellschaft, verbunden mit einer starken Feminisierung der Angestelltenschaft; im Bereich der Kultur als Kulturdiffusion und Verwestlichung.

Davon unbeeindruckt zeigt sich nur der literaturgeschichtliche Beitrag zu dem „Modernisierungsband“, in dem al-

lein noch mehr von restaurativen als von modernisierenden Momenten die Rede ist. Diese ebenso auffallende wie überraschende Abweichung von den Befunden der anderen Disziplinen mag mehrere Gründe haben. Einer davon dürfte wohl darin zu sehen sein, dass sich die Literaturgeschichtsschreibung weit mehr als an der sozialgeschichtlichen Forschung an den einschlägigen Verlautbarungen der tonangebenden bundesrepublikanischen Schriftsteller orientierte; diese aber waren mit die wirkungsreichsten Vertreter des Restaurationsvorwurfes.

Aufmerksame Literaturhistoriker hätten gegenüber den publizistischen Inauguratoren und Propagatoren des Restaurationsvorwurfs allerdings auch misstrauisch werden können, denn auch bei diesen kam es zu bemerkenswerten Revisionen. Nicht zwar bei Dirks und Kogon, die beide bis zu ihrem Lebensende an der Restaurationsthese festhielten und in der „Wende“ von 1982 geradezu die Restauration der Restauration sahen. Aber der eigentliche Urheber des Restaurationsvorwurfs, Hans Werner Richter, hat ihn 1974, besorgt über die antibundesrepublikanische Haltung der jungen Linken, in seinen altersweise sich gebenden *Briefen an einen jungen Sozialisten* zumindest deutlich relativiert. Zwar steht der fünfte der „Briefe“, die insgesamt Richters politische Entwicklung rekapitulieren, noch unter der Überschrift „Restauration und Verfall der Hoffnungen (1950–1959)“, dann aber ist von „Restauration“ (in Anführungszeichen) die Rede, „wie wir sie sahen und wie wir sie empfanden“, und von einem nun kaum mehr erklärbaren „Unbehagen“, das, aus realitätsfremden Veränderungshoffnungen resultierend, zu dem überzogenen Restaurationsvorwurf geführt hatte. Am Ende dieses „Briefes“ über die angebliche Restaurationsphase kommt Richter zu einem Befund, der dem der früheren Kritiker der Restaurationsthese (Schelsky, Allemann, Dah-

rendorf, Löwenthal) durchaus gleicht: dass nämlich „in den letzten vier Jahrzehnten (also seit 1933!) Veränderungen der Klassenstruktur und Klassenverschiebungen großen Ausmaßes vor sich gegangen sind“ – Restauration also schwerlich statthaben konnte.

### „Mittelmaß und Wahn“

Zu eben dieser Ansicht kam im Verlauf der achtziger Jahre auch Hans Magnus Enzensberger. Mit der Unschuld dessen, dem seine früheren Schriften sehr fern und ganz fremd geworden sind, schrieb er 1988 in seinem Essay „Mittelmaß und Wahn“: „Die Rede von Restauration, ein in den fünfziger Jahren beliebter Topos, beruhte, wie wir heute wissen, auf einer Augentäuschung. Zwar taten die alten Nazi-Kader, was sie konnten, um als Bürokraten, Unternehmer und Richter das Gemeinwesen nach ihren Gesinnungen einzurichten, doch erwies sich das Projekt des ‚Wiederaufbaus‘ als aussichtslos und die Rückkehr zur Vorkriegszeit als Chimäre. Als in den sechziger Jahren die Gerüste fielen, war eine völlige Neukonstruktion zu besichtigen.“ Bei dieser frappierenden Revokation der Restaurationsthese bleibt es aber nicht; es folgt eine nicht weniger frappierende Apotheose der nivellierten oder mediatisierten Bundesrepublik: „Was ist das Ergebnis dieser sozialen und kulturellen Mediatisierung? Nicht der beschriebene oder ersehnte Einheitsbrei, sondern ein Gemeinwesen von seltener Buntscheckigkeit. Das Mittelmaß, das in dieser Republik herrscht, zeichnet sich durch ein Maximum an Variation und Differenziertheit aus. Subjektiv erscheint diese bewegliche Mischung als ein Zuwachs an Freiheitsgraden, Chancen, Wahlmöglichkeiten. Diese Auffassung der allermeisten kann sich auf den Vergleich mit früheren Gesellschaftszuständen berufen. Nostalgische Beschwörungen vergangener Lebenswelten wirken

dagegen hinfällig, wenn nicht zynisch, ganz gleich, ob es sich um die Verklärung altbürgerlicher Milieus handelt oder um die wehmütige Erinnerung an die proletarische Kultur.“

### **Unverrückbares „Dogma“**

Man hätte meinen können, dass der Restaurationsvorwurf durch die sozialgeschichtlichen Revisionen und publizistischen Revokationen, die ihm seit 1974 beschieden waren, abgetan worden wäre. Aber weit gefehlt! Man findet ihn immer wieder sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch, viel häufiger noch, in der Publizistik (Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen), wo die Behauptung, dass die frühe Bundesrepublik „restaurativ“ gewesen sei, mit derselben Zuverlässigkeit und fraglosen Überzeugung wiederholt wird, mit der das Mittelalter als „finster“ bezeichnet wird, obwohl die Experten das Gegenteil sagen. Und noch immer gibt es Publizisten, für die der Restaurationsvorwurf zu den unverrückbaren Dogmen des historisch-politischen Bewusstseins gehört.

### **„Adenauers Visagist“**

Als der ehemalige Brandt-Berater Klaus Harpprecht im Juni 1996 jenen Artikel von Dirks, der den Restaurationsvorwurf gängig gemacht hatte, in einem ausführlichen *Zeit*-Essay als wirklichkeitsfremd und irreführend bezeichnete, erregte dies nicht nur großes Aufsehen, sondern auch Widerspruch, der im bemerkenswertesten Fall darauf zielte, den Restaurationsvorwurf uneingeschränkt aufrechtzuerhalten und den Kritiker als bloßen Propagandisten Adenauers zu diskreditieren: Harpprecht, so bekundete der ehemalige Feuilleton-Chef der *Zeit* Fritz J. Raddatz gleich in der nächsten Nummer zu Beginn eines ebenfalls umfangreichen Artikels, schreibe „die Geschichte schön. Sein Aufsatz [...] schwingt sich von eleganter Perfidie zu

kühler Häme. Allein, er ist unwahr. Harpprecht begibt sich in diesem Artikel der intellektuellen Genauigkeit. Er ist kein Diskutant, sondern Adenauers Visagist.“

Zur Begründung seines Festhaltens am Restaurationsbefund führt Raddatz eine ganze Reihe von Indizien auf: Die Emigranten seien nicht nach Deutschland zurückgeholt worden; Döblin habe Deutschland 1953 enttäuscht wieder verlassen; Böll habe es bald vorgezogen, in Irland zu leben, Enzensberger in Norwegen, Andersch in der Schweiz; als er selber gegen Ende der fünfziger Jahre gefragt habe, wer in der Bundesrepublik eine dreibändige Marx-Auswahl edieren könne, habe man ihm geantwortet: allenfalls Jürgen Habermas, ein junger Assistent von Adorno, aber weitere Marx-Kenner gebe es nicht, und im Übrigen gehöre viel Mut dazu, Marx edieren zu wollen. – Jedes dieser Indizien wäre hinsichtlich seiner Signifikanz zu prüfen. Wenn es, um wenigstens ein Beispiel aufzugreifen, in der Bundesrepublik tatsächlich nur einen Marx-Kenner gegeben hätte: Wäre dies tatsächlich als ein Indiz einer restaurativen Haltung zu werten, gar als Folge (allein) der Adenauerschen Restaurationspolitik und des Antikommunismus dieser Zeit? Daran darf man zweifeln.

Hans Werner Richter bemerkt jedenfalls in seinem Erinnerungsbuch, „die Werke von Karl Marx und Friedrich Engels, von Lenin und Rosa Luxemburg“ seien nach dem Krieg „für fast zwei Jahrzehnte in den Regalen verstaubt; aber offensichtlich geschah dies nicht, weil man sich damit bei Adenauer unbeliebt gemacht hätte, sondern weil Linke (wie Richter) selber glaubten, dass die Werke der Genannten in dieser Situation wenig hilfreich, wenn nicht irreführend und gefährlich seien. Und im Übrigen weiß man seit einiger Zeit ja auch, dass der einsame Marx-Kenner Habermas

nicht nur (wenn überhaupt) vom Verfassungsschutz mit Misstrauen beobachtet wurde, sondern auch vom Nestor der Frankfurter Schule, von Max Horkheimer selbst.

## Maßstab Freiheit

Der Streit über derartige Dinge führt im Hinblick auf den Restaurationsvorwurf nicht weiter. Des Verweisens, Gewichtens und Um- und Umwertens wäre kein Ende; die zweite Folge der Artikel von Harpprecht und Raddatz zeigt dies deutlich genug. Auch wird kein besonnener Beobachter der frühen Bundesrepublik bestreiten, dass es restaurative Erscheinungen gab, die bisweilen sogar eine beklemmende Dichte annahmen. Die Frage ist indessen, ob, wie Harpprecht zu Beginn seiner Entgegnung auf Raddatz zu bedenken gab, die „Qualität eines Staatswesens“ an derartigen Indizien zu messen ist – oder „an der Freiheit“, die dieses Staatswesen langfristig ermöglicht. Harpprecht plädiert dafür, nach der Substanz zu fragen. Raddatz hält sich an die oberflächlichen Symptome und argumentiert mit ihnen; er ist der eigentliche „Visa-

gist“: der Kosmetiker oder Maskenbildner der Restaurationslegende, die Raddatz wohl schon deswegen aufrechterhalten sehen möchte, weil er sonst – wie Habermas – Schwierigkeiten hätte, die Fundamentalopposition vieler Intellektueller gegen die frühe Bundesrepublik, die er teilte und der er im Feuilleton der *Zeit* allemal Platz einräumte, selber noch zu verstehen und historisch zu rechtfertigen. Das Eintreten für die Restaurationslegende dient nicht der historischen Gerechtigkeit, sondern der Rechtfertigung der Kritiker der frühen Bundesrepublik, die ihren Ruf als eigentliche Demokratisierer begreiflicher Weise gewahrt sehen möchten und ihr Hauptinstrument, den Restaurationsvorwurf, einsatzfähig halten möchten. Darin liegt denn auch das eigentlich Bemerkenswerte an der Debatte zwischen Harpprecht und Raddatz: Es geht um die Ent- oder Bekräftigung der Restaurationslegende, die zur negativen Gründungslegende der Bundesrepublik geworden war – und die in kritischen Situationen immer wieder zu Delegitimierungsversuchen verwendet werden könnte.

### Kanon von Normen

*Auch die Diskussion über den Rechtsradikalismus führte zur Auseinandersetzung mit dem Nationalbegriff. Bekanntester Beitrag ist die „Leitkultur“ des CDU-Politikers Merz. Obwohl das Reizwort nur zum Ausdruck brachte, dass jeder Staat einen Kanon von Normen benötigt, bot es Anlass zu Missverständnissen. Es weckte Assoziationen zu großdeutschem Überlegenheitswahn oder zu dem im 19. Jahrhundert gängigen Schlagwort der „Kulturnation“. Hier und nicht erst im Dritten Reich liegt die Wurzel für die Vergötzung des Nationalen in Deutschland.*

*Kultur als Chiffre des Chauvinismus war eine Besonderheit der „verspäteten Nation“. Allein in diesem Zusammenhang ist „Leitkultur“ ein Skandalon. Nur Böswilligkeit kann die CDU jedoch in diesen Kontext rücken – und dies nicht nur, weil sie mit einem Tabu ihrer Programmatik brach und Deutschland zum Einwanderungsland erklärte. Erstmals, seit der Jenaer Professor Heinrich Luden im 19. Jahrhundert anders als Herder nicht die Sprache, sondern das Blut zum Verbindenden erklärte, ist die Definition des Volkes als Abstammungsgemeinschaft ins Wanken geraten.*

Eric Gujer am 8. Dezember 2000 in *Neue Zürcher Zeitung*